Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

113. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 8.25, für Abholer monatlich M. 2.50, durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 3.00, vierteljährlich M. 9.00, durch die Post innerhalb Deutschland Gesamt-Ausgabe monatlich M. 3.34, vierteljährlich M. 9.00; Morgen-Ausgabe M. 2.00, Abend-Ausgabe M. 1.00, Sonntags-Ausgabe M. 0.50 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).
Einzelnummer: Morgen-Ausgabe 10 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf.
Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 45 Pf., v. auswärts 60 Pf., Anzeigen u. Gesuchen im amtl. Teil die Kolonelzeile 100 Pf., v. auswärts 125 Pf.; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 35 Pf., auswärts 40 Pf., Tenerungszuschlag: 50%; Papiernotzuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 50%, über 300 Zeilen: 50%. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preis erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exclusiv Postgebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 14697, 14698 und 14699. — Postscheckkonto 7503. Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 233 — Freitag, den 23. Mai — 1919

Entscheidende Konferenz in Spa

Zusammenkunft Scheidemanns, Dernburgs und Erzbergers mit der deutschen Friedensdelegation

Schlußberatung über die deutschen Gegenvorschläge

Berlin, 22. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Ministerpräsident Scheidemann hat sich heute, begleitet von Reichsminister Dernburg und Erzberger und dem Vorsitzenden der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen Grafen Bernsdorff nach Spa begeben. Die deutsche Delegation wird von Versailles gleichfalls nach Spa reisen. Dort wird am Freitag die endgültige Redaktion der deutschen Gegenvorschläge stattfinden. Die Zusammenkunft in Spa ist notwendig geworden, weil der Verkehr zwischen Berlin und Versailles technisch außerordentlich erschwert war, anderseits aber die Reichsregierung fest entschlossen ist, dem deutschen Volk so schnell wie irgend möglich Klarheit über die deutschen Gegenvorschläge und damit zugleich über die deutschen Friedensaussichten zu geben. Der Reichskolonialminister Bell nimmt an der Reise nach Spa gleichfalls teil.

Versailles, 22. Mai. (Drahtbericht unseres nach Versailles entsandten Sonderberichterstatters.) Die 6 deutschen Delegierten sind heute früh nach Spa abgereist, wo sie mit Mitgliedern der Reichsregierung eine Zusammenkunft haben werden. Verschiedene Umstände haben die Delegierten zu der Ueberzeugung gebracht, daß eine mündliche Besprechung der leitenden Persönlichkeiten vor der letzten Entscheidung unumgänglich sei. Das telegraphische Ersuchen um eine Zusammenkunft in Spa ist gestern abend nach Berlin vermittelt worden. Die Besprechungen werden voraussichtlich mehrere Tage dauern. Man erwartet die Delegierten nicht vor Montag in Versailles zurück. Die deutschen Friedensvorschläge sind deshalb noch nicht überreicht worden.

* * *

Versailles, 22. Mai. (Drahtbericht unseres nach Versailles entsandten Sonderberichterstatters.) Die Verlängerung der Frist zur Abgabe der deutschen Friedensvorschläge bis zum 29. Mai darf keine Hoffnung auf die Einleitung mündlicher Verhandlungen erwecken. Die Aussichten dafür erscheinen noch immer sehr gering. In der französischen Presse wird die Fristverlängerung dahin kommentiert, daß sich dadurch nichts ändere. Den Deutschen werde nach Abgabe ihrer Gegenvorschläge eine Frist gelassen werden, in der sie sich über die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung zu entscheiden hätten. Diese Frist wird für die Zeit zwischen dem 1. und 17. Juni angegeben. Von der deutschen Delegation wird die jetzt gegebene Frist zur angestrengten Bearbeitung des komplizierten Stoffes verwandt. Graf Brockdorff-Rantzau hat zwei weitere Noten, eine über das Privateigentum und die zweite über Arbeiterrecht, fertiggestellt, deren Uebergabe sofort erfolgen soll.

Zwei deutsche und zwei französische Noten

Versailles, 22. Mai. (Drahtbericht.) Von deutscher Seite wurden heute Herrn Clemenceau zwei Noten übergeben, die erste über die Frage des deutschen Privateigentums im Auslande, die zweite über das Arbeiterrecht, die letztere als Erwiderung auf die von gegnerischer Seite hierin erteilte Antwortnote. Gleichzeitig sind zwei Noten Clemenceaus eingegangen: 1. die Antwort auf unsere Note über die wirtschaftlichen Folgen des Entwurfes der Friedensbedingungen, 2. die Antwort auf unsere Note betreffs des Völkerbundes.

Unsere Kriegsgefangenen als Erpressungsmittel

Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Clemenceau.

Versailles, 22. Mai. (Drahtbericht unseres nach Versailles entsandten Sonderberichterstatters.) Die Antwort Clemenceaus auf unsere Note über die Gefangenen lehnt in hochfahrendem Tone alle deutschen Vorschläge ab, die auf eine Besserung des Loses unserer Kriegsgefangenen gerichtet sind. Sie tut dies mit der Begründung, daß in Deutschland die Gefangenen weit schlechter behandelt würden, so daß die Forderung der Gegenseitigkeit der Gefangenenauslieferung abgewiesen werden müßte. Der Schlußsatz der Erwiderung Clemenceaus verdreht die Frage vollständig. In der deutschen Note waren ausdrücklich Vorbereitungen vorgeschlagen, damit für den Fall der Unterzeichnung der Abtransport der deutschen Gefangenen keine Verzögerung erleide. Die Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten, daß man erst dann daran denken könne, Kommissionen zu bilden, wenn wir den Willen zur Unterzeichnung bekundet hätten, ist demnach als eine glatte Erpressung zu bezeichnen. Die Entrüstung über Ton und Inhalt der Antwortnote ist innerhalb der deutschen Delegation allgemein.

Aus dem Versailler Briefe des Ministers Schwarz

△ **Dresden**, 22. Mai. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Der Brief des Ministers Schwarz aus Versailles, den wir bereits in unserer gestrigen Morgen- und Abendausgabe erwähnten, ist vom 6. Mai datiert. Wir entnehmen ihm u. a. folgendes:

Ich schreibe diese Zeilen vor Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Acht Tage französische Luft, acht Tage Zusammenleben mit den deutschen „Versailler Friedenssachverständigen", und man weiß, wie die Dinge stehen. Armes sozialistisches Deutschland! Wer da glaubt, daß sich in Versailles die bedeutendsten und bekanntesten Sozialdemokraten ein Stelldichein geben würden, um den Gang der Friedensverhandlungen stark mit sozialistischen Tendenzen zu durchsetzen, ist mehr als enttäuscht. Rund 300 Deutsche mögen gegenwärtig in Versailles anwesend sein. Allerdings ist in dieser Zahl das Personal der Friedensunterhändler und Sachverständigen eingeschlossen. Unter den eigentlichen Sachverständigen herrscht der preußische Geheimrat vor, daneben Großindustrielle, Offiziere des Landheeres sowie der Marine, Professoren, Vertreter der hohen Finanz und daneben auch drei Vertreter der deutschen Arbeiterschaft: Genosse Legien als Vorsitzender der Generalkommission deutscher Gewerkschaften, sein Sekretär Baumeister und meine Wenigkeit. Wohl befinden sich unter den sechs Hauptdelegierten zwei Sozialdemokraten Landsberg und Leinert. Daß sie imstande sein werden, mit allem Nachdruck die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertreten zu können, ist zunächst nur eine Hoffnung.

Hier in Versailles geben sich die Geister in der natürlichsten Form. Während in der Heimat immer Versteckspiel mit der wahren Gesinnung getrieben wird, wird hier in Versailles alles ohne Umschweife zum besten gegeben, was die Vertreter der verschiedensten Interessengruppen bewegt. Wir hatten ja acht Tage Gelegenheit, um Studien treiben zu können. Aus all den vielen Gesprächen, die ich auf den Spaziergängen durch den herrlichen Versailler Park oder im Lesezimmer unseres Hotels oder auch bei der Tafel mit den verschiedensten Herren führte, geht mit erschreckender Deutlichkeit hervor, daß fast ausnahmslos von einem Verständnis für die große Ideenwelt der Sozialisten nicht viel zu spüren ist. Zwar findet man sich zurzeit mit den gegebenen Verhältnissen ab, doch würden diese Herren aufatmen, wenn der Zeitpunkt käme, wo der sozialistische Einfluß herabgedrückt würde. Fast will es den Anschein gewinnen, daß unsere Vertreter in der Regierung der Meinung sind, daß sich innerhalb der modernen Arbeiterbewegung zu wenige befinden, die die schwierige Materie der Friedensverhandlungen beherrschen. Kein Wunder, wenn die in Paris versammelten Friedenssachverständigen von der ungeheuren geschichtlichen Mission der Arbeiterschaft überhaupt nicht reden oder, besser gesagt, nicht reden können, weil ihnen das Verständnis für diese Dinge völlig abgeht. Der preußische Geheimrat wird preußischer Geheimrat bleiben, der deutsche Professor wird immer ein zwar furchtbar gelehrter Mensch, aber niemals ein Kenner des praktischen Lebens sein. Bankmenschen, Großindustrielle und Bergherren, Schiffahrtssachverständige und sonstige Vertreter des Besitzes, werden bei allen ihren Urteilen und Entschlüssen zwar die kommerziellen Interessen Deutschlands zu wahren verstehen; ob aber der Sozialismus auf seine Rechnung kommt, steht auf einem ganz anderen Blatte.

Herr Schwarz erklärte seinerzeit in der Kammer, daß er nicht über den Zwirnsfaden eines Gesetzes stolpern würde, wenn es darauf ankommt. Aber auch Drahtseile scheinen für ihn kein Hindernis zu sein, wenn es sich um Taktfragen handelt. Jedenfalls zeigen dieser Brief und seine Veröffentlichung, daß bei ihm von einem Verständnis für die außerordentlich schwierige Situation der Versailler Delegation nichts zu spüren ist, denn sonst würde er diesen peinlichen Brief nicht veröffentlicht haben. Mit seiner Entsendung ist zweifellos ein bedauerlicher Mißgriff geschehen, womit im Porzellanladen in Paris manches Gefäß zerschlagen worden sein dürfte, namentlich in Arbeiterfragen, für die er „Sachverständiger" sein sollte.

Die Verhandlungen mit der Entente

Rotterdam, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Paris: In den letzten zwei Tagen hat sich die Auffassung verstärkt, daß die Alliierten mit Deutschland verhandeln wollen.

Genf, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Kammerausschuß bezeichnete Pichon auf eindringliches Befragen der drei sozialistischen Mitglieder, daß die Entente den Friedensvertrag nicht als Bedingung, sondern als Verhandlung vorschlage. Pichon fügte hinzu, es sei selbstverständlich, daß auch Vorschläge gewisse Grundbedingungen enthalten, für die es nur eine Annahme oder Ablehnung gebe.

Die Verzögerungen im diplomatischen Verkehr zwischen Berlin und Versailles

Berlin, 22. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die drahtliche Verbindung zwischen Versailles und Berlin leidet neuerlich unter Störungen. In der Zeit von 2 Uhr nachts bis heute morgen 10 Uhr war überhaupt keine Verbindung möglich und so die Berliner Friedensstelle zur Stunde noch nicht im Besitz einer amtlichen Mitteilung darüber, mit welcher Verlängerung der Verhandlungsfrist zu rechnen ist. Bei dieser Gelegenheit sei daraf hingewiesen, daß die letzten deutschen Gegenvorschläge wesentlich später in Versailles eingetroffen sind, als man in Berlin rechnete, nämlich erst am Mittwoch morgen. Die Verzögerung ist dadurch eingetreten, daß das Kabinett erst am Dienstag die endgültige Redaktion vornehmen konnte, so daß die technischen Schwierigkeiten für die Einhaltung des Termins zu groß waren. Außerdem ist es allerdings notwendig, die Gegenvorschläge in bezug auf die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages noch zu ergänzen. Dem Zweck der Beschleunigung diente schon die Reise der Delegierten Dernburg, Wissel und Töpfer nach Spa, aber bei dieser Zusammenkunft konnte eine endgültige Form noch nicht gefunden werden. Es kommt hinzu, daß die von Berlin ausgehende, aus technischen Gründen in möglichst komprimierteste Form zu vermittelnde Entschließung erst in Versailles ausgearbeitet und übersetzt werden muß. Auch dadurch hat sich ihre endgültige Fertigstellung nicht unwesentlich verzögert. An und für sich besteht ja für die deutsche Regierung und deren Beauftragten keine Verpflichtung, ihre Gegenvorschläge in der Sprache der Gegner vorzulegen, doch sind sie von den Ententedelegierten darum ersucht worden, und diesem Ersuchen glaubte man deutscherseits um so eher nachkommen zu sollen, als uns dadurch eine möglichst genaue Uebermittelung der deutschen Gegenvorschläge gewährleistet wird.

Bern, 22. Mai. (Drahtbericht.) Aus Paris wird gemeldet: Graf Brockdorff hat, um die Arbeiten der deutschen Kommissionen zu erleichtern, die Erlaubnis erbeten, einen Spezialzug nach Versailles kommen zu lassen, der alle Druckeinrichtungen enthält und Setzer und Drucker mit sich führt.

Das Gutachten der Ententekommission

Berlin, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir erfahren, haben die in Berlin weilenden Ententekommissionen sich auf Verlangen ihrer Regierungen am Montag in längeren Beratungen gutachtlich über die Deutschland aufzuerlegenden finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen geäußert.

Wie uns aus Kreisen der hier weilenden Ententekommission mitgeteilt wird, trifft demnächst eine Anzahl amerikanischer Finanzleute und Ingenieure auf deutschem Boden ein, um sich an Ort und Stelle über den Wiederaufbau des deutschen Handels und der Industrie zu informieren. Die amerikanischen Zeitungen der letzten Woche erörtern eingehend das Problem einer amerikanischen Milliardenanleihe an Deutschland.

Die Enttäuschung der amerikanischen Delegation

Amsterdam, 22. Mai. (Drahtbericht.) Die „Westminster Gazette" meldet aus Paris: Bei einigen Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation, die den Friedensvertrag stark mißbilligen, nehme der Widerstand dagegen ständig zu. Wahrscheinlich werden Persönlichkeiten, die zu den augenblicklichen amerikanischen Bevollmächtigten in enger Beziehung stehen, gegen den Friedensvertrag protestieren. Verschiedene Persönlichkeiten der amerikanischen Delegation haben schon ihre Koffer gepackt. Der Rücktritt von anderen steht bevor. Eine der bekanntesten Autoritäten hat erklärt, dieser Vertrag bedeute nicht Frieden, sondern Krieg. Diese Persönlichkeit fügte hinzu, sie werde deshalb in Kürze ihr Rücktrittsgesuch einreichen. Unter der amerikanischen Delegation herrscht Enttäuschung darüber, daß Wilson in seinen Punkten nachgegeben habe.

Eine Kundgebung Kerenskis

Gegen die Ausschaltung Rußlands von der Friedenskonferenz. Für eine russische Demokratie.

Versailles, 22. Mai. (Drahtbericht.) Die „Humanité" veröffentlicht eine Kundgebung Kerenskis und seiner Freunde, welche dagegen Einspruch erheben, daß Rußland auf der Friedenskonferenz nicht vertreten sei. Die Weltdemokratie dürfe nicht vergessen, welche Opfer Rußland im Kriege gebracht habe und wie es hauptsächlich infolge seiner Abgeschnittenheit von seinen Bundesgenossen zusammengebrochen sei. Die augenblickliche Anarchie in Rußland könne nur zur Anarchie in der ganzen Kulturwelt oder zur Reaktion und Zerstückelung Rußlands durch den internationalen Kapitalismus führen. Ohne das demokratische Rußland werde die Liga der Nationen niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker vorbereiten. Nur ein regeneriertes Rußland, dem alle politischen und sozialen Eroberungen der großen Märzrevolution gesichert seien, könne die freie Entwickelung aller Völker der Welt möglich machen. Nur die Einberufung der auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten großrussischen konstituierenden Versammlung könne den freien Willen der russischen Völker zum Ausdruck bringen. Die Kundgebung appelliert an alle Weltdemokratien, sie möchten darauf hinwirken, daß die Regierungen keine Diktatur in Rußland, wie sie auch sein möge, anerkennen und daß sie jegliche Intervention, welche die Rechte der russischen Völker beeinträchtigt oder Sonderinteressen dient, verwerfen und nur jene Regierungen oder Gruppen in Rußland anerkennen, welche die Volkssouveränität der durch Einberufung auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten konstituierenden Versammlung ihrerseits anerkennen. Die angeblich bestehenden Regierungen in Rußland, welche die konstituierende Versammlung nicht einberufen haben, dürften von den Regierungen der freien Länder nicht unterstützt werden. Schließlich verlangt die Kundgebung die Entsendung einer Mission nach Rußland, welche aus Delegierten aller Mächte und Vertretern der Demokratie und der organisierten Arbeit bestehen soll und welche als Organ der freien Mächte den russischen Regierungen und Bevölkerungen darlegen soll, welche Ziele diese Mächte verfolgen. — Unterzeichnet ist die Kundgebung u. a. von Kerenski, Awksentiew, Jeninow und Sokolow.

Kopenhagen, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Gestern sind weitere acht englische Kriegsschiffe durch den Sund in der Richtung nach dem Osten gefahren.

Gegen die Aechtung der deutschen Missionen

Aufrufe des Bischofs von Fulda und des Missionsdirektors Axenfeld.

Berlin, 22. Mai. (Drahtbericht.) Der Bischof von Fulda, Joseph Damian Schmitt, und der Vorsitzende der Konferenz der Superioren der deutschen Orden und Kongregationen, Theophilus Witzel, wenden sich an die Katholiken der alliierten und neutralen Länder, an die Bischöfe, Priester und Laien gegen den Ausschluß der deutschen Missionare aus den größten und wichtigsten Missionsländern. Die einflußreichen Katholiken der alliierten und neutralen Länder werden gebeten, einmütig dafür einzutreten, daß die deutschen Missionen vor dem Untergange bewahrt bleiben und die Freiheit der Missionen, ähnlich wie früher in der Kongoakte, jetzt im Vertrage des Völkerbundes festgelegt und von allen Mächten verbürgt werde.

Ein Aufruf, den Missionsdirektor Axenfeld an die Freunde des Reiches Gottes in den feindlichen und neutralen Ländern richtet, weist darauf hin, daß die deutschen Missionen jetzt über den Friedensschluß hinaus aus dem britischen Kolonialreich, wo sie 600 000 protestantische Christen in blühenden Gemeinden gesammelt hatten, ausgeschlossen und selber aus den deutschen Kolonien mit ihren 18 000 protestantischen und 220 000 römisch-katholischen Christen verdrängt werden sollen. Der gleiche Plan scheint bezüglich des nahen Orients, ja sogar des Heiligen Landes zu bestehen. Soeben wurden auch aus China deutsche Missionare deportiert. Der Aufruf schließt: Ein Friede, der sogar den selbstlosen Dienst der Mission aussperrt, ist der schlimmste, verletzendste Gewaltfriede und macht, wenn er mit Zustimmung oder auch nur ohne nachdrücklichen Protest der ausländischen Christen uns aufgezwungen wird, auch die Versöhnung derer unmöglich, die als Jünger ihres Meisters die Boten des Friedens unter den Völkern sein sollten. Wir bitten Sie, vor Gott zu prüfen, was Sie zu tun haben, um die Supranationalität der christlichen Mission, ihre Freiheit und Lauterkeit zu schützen und eine unverantwortliche Schädigung des Missionswerkes, tiefste Verbitterung der deutschen Christen und dauernden Haß (undeutlich) in der Christenheit zu verhüten.

SLUB
Wir führen Wissen.